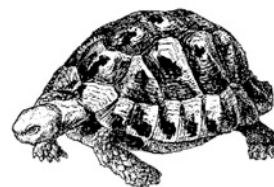


# express

Zeitung für sozialistische  
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Labour

Die Linke  
Germany

## Den Vorteil nutzen

### Gewerkschaftliche Interessenpolitik als Verteidigung der Demokratie – von Alexander Maschke\*

In: *express* 2-3/2025

Bislang agierten die Gewerkschaften in der Bundesrepublik zumeist reaktiv und nicht besonders schlagkräftig gegenüber dem Erstarken der extremen Rechten in den letzten zehn Jahren – abgesehen von lokalen Erfolgen der IG Metall gegen den Verein »Zentrum«. Zwar besteht an der Abgrenzung gegenüber der AfD nach außen hin kein Zweifel. Das Wahlverhalten derjenigen, die sich als »Arbeiter« und »Angestellte« bezeichnen und zudem Mitglied in einer Gewerkschaft sind (zu den aktuellen Zahlen siehe S. 19), bereitet jedoch Sorgen. Zum einen schränkt es die Bewegungsfreiheit im Betrieb ein, wenn man nicht weiß, wie die Kolleg:innen politisch einzuordnen sind. Niemand möchte riskieren, Rechte in den Vertrauenskörper oder die Tarifkommission zu wählen. Gleichzeitig steht die politische Gesinnung nicht immer auf der Stirn und vielleicht akzeptiert jemand die Bedeutung der zuständigen Mitgliedsgewerkschaft für seinen höheren Lohn – aber die AfD für alle anderen Belange. Zum anderen verursachen diese ausschließlich quantitativen Befunde die Sorge, in der eigenen politischen Positionierung im Betrieb zu weit zu gehen. Ein klares Bekenntnis gegen die AfD könnte schließlich Mitglieder vergraulen. Dies gilt umso mehr dort, wo Gewerkschaften als Dienstleisterinnen der Belegschaft auftreten und dadurch erstens die Dynamiken und Perspektiven der Kolleg:innen kaum einschätzen können und zweitens auf eine politische Durchdringung des Betriebs weitgehend verzichten.

Vor diesem Hintergrund werden vor Wahlen im besten Fall Wahlchecks angeboten, die Mitglieder zur Wahl demokratischer Parteien aufrufen und darauf verweisen, dass eine Wahl der AfD den Interessen von Gewerkschafter:innen entgegensteht. Vielleicht wird sogar deutlich gemacht, dass die AfD den Positionen der Mitgliedsgewerkschaften unvereinbar gegenübersteht und das mit der AfD verbündete »Zentrum« die Interessenvertretungen überall dort stört, wo es präsent ist. Nichts daran ist falsch und diese Positionierung der Gewerkschaften ist wichtig. Sie vernachlässigt aber einen entscheidenden Punkt: Nicht nur sind Wahlentscheidungen selten Ausdruck rationaler Überlegungen – sonst kämen auch viele demokratische Parteien nicht infrage –, sondern auch die Interessenlagen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern divers und decken sich keineswegs mit der jeweiligen Klassenlage. Diese Interessenlagen zu entwickeln, könnten sich Gewerkschaften als »Kriegsschulen der Arbeiter« (Friedrich Engels, MEW 2, S. 441) zur Aufgabe machen.

Wie schwer Gewerkschaften die Argumentation gegen die extreme Rechte fällt, hat die IG Metall exemplarisch in der Mitgliederzeitung *metall* veranschaulicht. Simon Che Berberich hat in der Ausgabe Mai/Juni 2024 das Gedankenexperiment gewagt, wie das Leben eines Mechatronikers in der Automobilindustrie im Jahr 2027 aussähe, nachdem die Bundesrepublik über Jahre maßgeblich von der AfD geprägt worden sei. Der Verweis auf Probleme für die Industrie, Kürzungen im Sozialbereich etc. sollte deutlich machen, dass die AfD keine Option für den Mechatroniker sei. Im folgenden Heft wurde in zwei Leserbriefen dagegen eingewandt, dass das Szenario viele Gemeinsamkeiten mit der Gegenwart habe. Offenbar ist es

nicht gelungen, die besondere Marktradikalität der AfD herauszuarbeiten. Aber selbst wenn dies gelungen wäre, hätte man nur einen weiteren Appell an eine vermeintlich interessenbewusste Wahlentscheidung formuliert – was man schon seit Jahren mit mehr oder weniger Erfolg tut. Dies verkennt aber, dass die extreme Rechte gar nicht den Anspruch erhebt, eine rationale Wahloption darzustellen. Sie will, dass die Bevölkerung fühlt und nicht versteht. Das Mobilisieren von Ressentiments steht im Zentrum ihrer Politik.

Dabei geht die extrem rechte Agitation von der gleichen objektiven Basis wie progressive Kräfte aus: dem Leiden an den gesellschaftlichen Verhältnissen. Allerdings bietet sie eben keine Perspektive einer kollektiven und individuellen Emanzipation. Vielmehr wird der latent und manifest vorhandene Unmut angesprochen und geschürt. Das Versprechen, dessen Ursachen zu beseitigen, bleibt dabei aus. Vielmehr ist die extreme Rechte existenziell abhängig von der vermeintlichen Ausweglosigkeit der Misere. Deswegen werden auch keine positiven Zukunftsperspektiven aufgemacht, sondern stets das Zurück zu einem romantisierten Früher angeboten. Das würde nicht funktionieren, wenn es nicht an eine diffuse Angst vor der Zukunft anknüpfen könnte; und diese nährt sich aus der beschränkten Einbindung in die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie dem mangelnden Zugriff auf die gesamtgesellschaftlichen Ressourcen. Klaus Dörre hat hierzu Lohnabhängigen die Unterscheidung einer »großen« und einer »kleinen« Welt attestiert. Letztere umfasst das, worauf der Zugriff erlebt wird. Etwa der Betrieb, in dem man arbeitet und mitbestimmen kann. Dieser wird im Kontrast zur »großen« Welt sogar als »ausbeutungsfrei« erlebt. Denn die »große« Welt steht dafür, dass es schlimmer werden könnte. Dort werden Entscheidungen von anderen getroffen und es treffen Ereignisse ein, die nicht unmittelbar im eigenen Alltag wurzeln, aber diesen verändern. Sie bedeuten Machtlosigkeit und erfordern ein Begreifen – für das nur Ressentiments bleiben, wenn keine weiteren Orientierungsangebote vorhanden sind. Dies darf man nicht mit fehlender Informiertheit verwechseln.

Die extreme Rechte gibt dem Ressentiment Raum – anders als progressive Kräfte. Sie nährt es, feuert es an und bewahrt dabei den Istzustand. Der wiederholte Verweis auf fehlende Lösungskonzepte der Rechten läuft ins Leere, denn darum geht es gar nicht. Stattdessen steht das Versinken im Sumpf der Unzufriedenheit im Fokus. Da die extreme Rechte bei der Mobilisierung des Ressentiments auf kaum etwas Rücksicht nehmen muss, ist sie stets in der Lage, sich als die einzig wahre Opposition, die Führung derjenigen, die sich gegen »die Eliten« stellen wollen, zu inszenieren. Selbstredend basiert ihre Kritik ausschließlich auf Ressentiments. Tatsächliche Problemursachen will und kann sie nicht erkennen.

Die eigentliche Schwäche der extremen Rechten liegt aber in der Konsequenz ihrer Art der Kritik. Sie zielt ausschließlich darauf, das Unbehagen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu vertiefen. Ihr Angebot zum Widerstand bietet keine Option der Überwindung des Missstandes. Anstatt ihre Anhänger:innen dazu zu befähigen oder einzuladen, ihre Probleme zu bearbeiten – und sich als politischem Projekt damit die Grundlage der eigenen Stärke zu nehmen –, hält sie sie in ihren Problemlagen gefangen. In ihrem Proben des Widerstands nehmen sich die Sympathisant:innen die Fähigkeit zur Emanzipation. Denn das solidarische Moment ihrer Rebellion bezieht sich auf wenige Auserwählte. Ihre Macht speist sich aus der ihrer Führer. Das Skandieren von »Höcke, Höcke, Höcke!« ist zugleich Widerstand und Unterwerfung.

An dieser Stelle wären Gewerkschaften klar im Vorteil. Schließlich ist es ihr Steckenpferd, den Kolleg:innen den Raum zu eröffnen, zumindest in der Arbeitswelt an ihrer Emanzipation zu arbeiten. Leider ist das vielerorts gelebte Dienstleistungsmodell nicht in der Lage, diesen Raum zu eröffnen. Viel zu oft bleiben die Kolleg:innen ohne Haupt- oder Ehrenamt in einer passiven Position. Das ist kein Vorwurf an das Haupt- und Ehrenamt: Die Aufgabenbündelung bei wenigen Personen, die sich auch in den Betrieben überlagernden Krisen und die zunehmend knapper werdenden Ressourcen machen es schwerer, die Arbeit neu zu konzipieren. Auch das Organizingmodell nach Jane McAlevey bietet hier wenig Perspektive, gemeinsam Emanzipationsräume zu öffnen. Dazu ist es zu instrumentell ausgerichtet und dient der Sammlung der Kolleg:innen hinter Haupt- und Ehrenamt, anstatt von ihnen auszugehen. Letztlich sind die Kolleg:innen aber auch gut darin, sich in der Passivität einzurichten. Des-

halb sollte der voluntaristische Fehler vermieden werden, ein ausschließliches Ausbremsen der Mitglieder (oder gar der Klasse) durch ihre Organisation anzunehmen, ohne ihre Förderung durch diese in Rechnung zu stellen oder Arbeitskämpfe als Klassenmobilisierung überzubewerten. Stattdessen sollten die Stärken von Gewerkschaften genutzt werden, um neue Emanzipationsräume zu gestalten und damit die Lücke zu schließen, die die extreme Rechte niemals schließen können wird.

Dazu gilt es, alle Möglichkeiten direkter Beteiligung zu prüfen und auszuprobieren, die dem gewerkschaftlichen Haupt- und Ehrenamt zur Verfügung stehen. Ich habe hierzu jüngst eine Umfunktionierung von Mitgliederversammlungen in Kombination mit einer Neugestaltung der betrieblichen Arbeit vorgeschlagen. Auf diese Weise könnten sie als von der jeweiligen Gewerkschaft geschaffene Orte den Belegschaften Raum zur Diskussion von Strategie und Taktik geben, um die von ihnen selbst gesammelten Interessen und Bedürfnisse durchzusetzen. Unabhängig davon, ob die Kolleg:innen als Mitglied in einen solchen Prozess starten oder nicht, würden sie Interessenpolitik zum Erlernen, Erkämpfen und Verteidigen von Demokratie praktizieren. Das ist zwar nur die Quintessenz der Gewerkschaftsarbeit in einer bestimmten Region, aber ich bin zuversichtlich, dass andernorts weitere Ansätze erdacht und erprobt werden. Die konkrete Methode der Gewerkschaftsarbeit ist auch weniger wichtig als der Anspruch, von den Bedürfnissen in den Belegschaften auszugehen und diese in einem gemeinsamen Prozess zu entwickeln. Sie reichen von Entgelt und Arbeitszeit bis hin zur Gestaltung des Pausenraums. Dabei muss es zunächst egal sein, welcher Schuh wie drückt. Wichtig ist die gemeinsame Entwicklung einer Agenda für Veränderungen der Bedingungen im Betrieb sowie der dazu nötigen Strategie und Taktik. Ein solcher Aushandlungsprozess soll dabei nicht als Ersatz für die gewerkschaftliche Organisation betrachtet werden, sondern vielmehr als deren Weiterentwicklung. In diesem Sinne steht auch das Dienstleistungsmodell nicht in einem Gegensatz zur Aktivierung der Mitgliedschaft sowie der übrigen Belegschaft. Stattdessen ist in der dienstleistenden Gewerkschaft Know-How gebündelt, welches ebenso gut genutzt werden kann, um die Prozesse der Selbstermächtigung einzubetten und zu unterstützen. Dies erfordert jedoch nicht nur die Bereitschaft auf allen Seiten, gemeinsam zu lernen und sich kennenzulernen. Vielmehr ist auch ein Verständnis für die unterschiedlichen Herausforderungen nötig, die mit der jeweiligen Position innerhalb der Gewerkschaft einhergehen und die sich immer wieder als Belastung für einen solchen Prozess erweisen können.

Auf diese Weise können Organisation und Mitgliedschaft nicht nur enger zusammenwachsen, sondern Gewerkschaft als der Ort erlebt werden, an dem an der Veränderung der Misere gearbeitet werden kann. Wenn dies gelingt, ist der Betrieb nur der Anfang – und ein Mittel gegen die rechte Agitation gewonnen.

*\* Alexander Maschke arbeitet in einem gewerkschaftsnahen Verein. Kürzlich erschien von ihm: *Aus der Krise zur Stärke? Zur Konstituierung industriegewerkschaftlicher Subjekte in Ostdeutschland. Frankfurt/New York 2024.**

**express** im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)

**express** / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:  
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12